

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ „JUGENDWACHT“ „RECHTSFRAGEN“

Erscheint jeden Dienstag, Redaktionsschluss Sonnabend.  
Verantwortlich für die Redaktion: H. Lanke, Berlin NW 40  
Verlagsleiter: H. — Fernsprecher: Amt Berlin 4462 u. 4934.

Verlag: Fr. Krieg, Berlin NW 4, Reichstagsufer 3.  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
Ankündigung: Die 6spaltige Nonpareilzeile 1 M., bei Arbeitsmarkt,  
Gratulationen, aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Unser Verbandsprogramm.

Die programmatischen Forderungen der Gewerkschaften änderten sich im Laufe ihres Bestehens wiederholt. Bei ihrer Gründung erstreckten sich die Forderungen in der Hauptsache auf die Beseitigung der damals noch herrschenden außerordentlich schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. So können wir in den Geburtsjahren der Verbände für die Beschäftigten in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie die gleiche Beobachtung machen.

Auf einem Kongress im Mai 1875 forderten die Bäckergehilfen die zwölfstündige tägliche Arbeitszeit, Einschränkung der Sonntagsarbeit, Gewährung von Freinächten an den hohen Festtagen, Abschaffung der Naturalverpflegung beim Unternehmer und die Kontrolle über die Innungsarbeitsnachweise. Die Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Fleischer und Böttcher enthielten in ihren ersten Programmen ähnliche Forderungen.

Im Laufe jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Tätigkeit konnte vieles von den ersten Forderungen in die Tat umgesetzt und verwirklicht werden. Somit wurden die Zielbestrebungen weitergesteckt, und die Gewerkschaften mußten sich auch mit Fragen beschäftigen, die in den Gründungsjahren für sie noch nicht in Betracht kamen. Forderungen auf den Ausbau der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgeetze wurden erhoben. Dadurch traten die Gewerkschaften aus ihrem engen Rahmen der Gründungszeit heraus und übernahmen die Aufgabe, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Auch das Statut unserer Einheitsorganisation mußte sich den gegebenen Verhältnissen anpassen und den Aufgabenkreis weiter umschreiben, wie er vielleicht vor dem Zusammenschluß in der einen oder anderen Organisation noch bestand.

Im § 2 unseres Statuts erheben wir die Zielrichtung, die unsere Organisation zu erreichen bestrebt ist:

Der Verband bezweckt die Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Fragen.

Zur Erreichung dieses Zweckes dienen insbesondere:

- Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen;
- Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber;
- Regelung des Lehrlingswesens und Förderung der Jugendbildung möglichst in besonderen Abteilungen;
- Unterstützung der Betriebsräte bei der Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben;
- Vertretung der Mitglieder auf allen Gebieten des Arbeitsrechts;

- Einwirkung auf die Gesetzgebung zur Erzielung günstiger sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze;
- Aufklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs der Mitglieder untereinander;
- Pflege der Berufsstatistik;
- Regelung des Arbeitsnachweises;
- Unterstützung bei genehmigten Streiks, Aus-

halten. Oft genug wurde von uns darauf hingewiesen, daß durch dieses Dienstbotenverhältnis die Handwerkergehilfen und Arbeiter zu unfreien Menschen degradiert werden. Der Arbeiter wird dadurch als Staatsbürger in seiner Bewegungsfreiheit gehindert und kann zu jeder Zeit auch in seinen wenigen Freistunden der Bevormundung des Unternehmers unterstellt werden. Wo dieses Entlohnungssystem noch besteht, können wir beobachten, daß der Eingang der gewerkschaftlichen Ideen unter den Beschäftigten auf

große Hindernisse stößt. Der Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers fördert die Uebertretung aller gesetzlichen Schutzbestimmungen. In diesen Betrieben werden recht häufig die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen nicht beachtet. Darum wenden auch die Gewerkschaften alles an, um beim Abschluß von Tarifverträgen die Bargeldentlohnung durchzusetzen. Nach dem Inhalt unserer Tarifverträge ist der Kost- und Logiszwang in allen Tarifbetrieben beseitigt. Bedeutende Fortschritte seit dem Bestehen unserer Organisation.

Wenn wir uns dann weiter in dem Werdegang der tariflichen Vereinbarungen umsehen, so können wir hier dieselbe günstige Tatsache verzeichnen. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß mehr als eine viertel Million Arbeiter und Arbeiterinnen unter Tarifbedingungen in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie beschäftigt werden. Es bleibt aber immer noch die Frage offen, ob es uns auch im Laufe der langen Jahre gelungen ist, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Tarifbetrieben zu erzielen. Dieser Faktor hängt mit den Machtverhältnissen zwischen Arbeiter und Unternehmer zusammen, und so sind

auch unsere Tarifverträge das Produkt gewerkschaftlicher Stärke. Unsere Berufsangehörigen haben es somit selbst in der Hand, auf die Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken, indem sie ihre wirtschaftliche Interessenvertretung stärken und ihr auch als Mitglieder angehören.

Die Regelung des Lehrlingswesens und Förderung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen ist ebenfalls eine sehr alte gewerkschaftliche Forderung. Gewiß konnte auch manche Besserung auf diesem Gebiete erreicht werden. Der unumschränkte Lehrlingshaltung sind durch Landesverordnungen für das Bäcker-, Konditor- und Fleischergerwerbe Schranken gesetzt. Allerdings sind wir mit dieser Regelung, die als Tropfen auf den heißen Stein angesprochen werden kann, noch lange nicht zufrieden. Immer noch finden wir die vorgenannten Berufsgruppen mit Lehrlingen stark durchsetzt. Diese Ueberspannung muß noch weiter unterbunden werden, wenn auch hier geregelte Zustände eintreten sollen.

Als neue Programmforderungen müssen bezeichnet



**heimtückisch die Saat auf dem bestellten Acker vernichten, so schädigt die indifferente Masse durch ihr Verhalten unsere Organisation. Sie säen nicht und ernten doch! Deine Aufgabe ist es, die Betriebsbelegschaften als Kämpferschar für unseren Verband zu gewinnen!**

sperrungen, Arbeitslosigkeit, Reise, Krankheit, Alter und Invaliddität und bei Maßregelungen wegen der Tätigkeit für den Verband, finanzielle Beihilfe an verheiratete Mitglieder beim Ortswechsel sowie Unterstützung in außerordentlichen Notfällen und bei Todesfällen;

- Gewährung von Rechtschutz nach den im Statut niedergelegten Bestimmungen;
- Herausgabe eines offiziellen Verbandsorgans sowie sonstiger notwendiger Verbandszeitschriften.

Gewiß lehren auch in unserem Programm alle Forderungen, die von den Verbänden bereits in den Gründungsjahren erhoben wurden, wieder. Ein Beweis, wie überaus schwer die Arbeit in den Gewerkschaften ist, um mit den alten zünftlerischen Arbeitsbedingungen endgültig aufzuräumen. Noch immer muß beispielsweise der Kampf um die endgültige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Unternehmers geführt werden. Wir haben wohl auf diesen Gebieten bedeutende Fortschritte aufzuweisen, jedoch in den handwerksmäßigen Zwergbetrieben ist noch vielfach die Naturalverpflegung als Entlohnungssystem bei-

werden die Unterstützung der Betriebsräte bei Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben; die Vertretung der Mitglieder auf allen Gebieten des Arbeitsrechts und die Einwirkung auf die Gesetzgebung zur Erzielung günstiger sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze. Die Erweiterung der sozialen Gesetzgebung durch die Neuabfassung des Betriebsrätegesetzes und vieler sonstiger sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze mußte logischerweise die Gewerkschaften zu einer Umstellung ihrer Aufgaben veranlassen. Auf diesem Gebiete werden in Zukunft große Kämpfe mit der Gesetzgebung auszufechten sein, und hier wird sich erst recht zeigen, daß unseren Anforderungen nur dann entsprochen wird, wenn wir über eine geschlossene Front verfügen. Das Unternehmertum ist geschlossen gegen jede Erweiterung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegen. In den letzten Jahren wurde ganz besonders versucht, einen Abbau dieser bereits bestehenden Gesetze zu veranlassen. Wir kennen daher die Einstellung in diesen Kreisen.

Verbesserungen auf allen wirtschaftlichen und sozialen Gebieten können nur dann erreicht werden,

wenn unsere Berufsangehörigen geschlossen über Interessenvertretung angehen. Je früher diese Einigkeit in den Herzen und Hirnen unserer Kollegen und Kolleginnen sich festsetzt, um so eher kann das von uns geforderte Ziel erreicht werden. Gewiß müssen dabei Opfer gebracht werden, denn ohne Kampf wird uns das Unternehmertum nicht die kleinste Fehltritte räumen. Wir werden stets mit den schärfsten Mitteln bei unseren Kämpfen zu rechnen haben. Auch hierfür hat die Organisation Vorkehrungen und Einrichtungen getroffen, um die durch solche Kämpfe in Notwendigkeit gezogenen Kollegen und Kolleginnen vor wirtschaftlicher Not zu bewahren. Durch unsere Unterstützungseinrichtung, die wir in einer späteren Abhandlung besprechen werden, ist Sorge getragen, daß bei allen Eventualitäten die Mitglieder vor äußerster Not bewahrt werden können. Dadurch wird in keiner Weise der Kampfescharakter der gewerkschaftlichen Organisation vermindert, bestimmt aber wird er gestärkt und der Kampfesmut unserer Mitglieder gehoben, wenn sie wissen, daß ihre wirtschaftliche Interessenvertretung schützend hinter ihnen steht.

## Das Sozialistengesetz. — Ein Jubiläum.

„Es habe ein Volk beschlossen  
im Saal der deutschen Schmach  
Das was der Teufel liehnt  
bis an den jüngsten Tag.“  
(Carl Hauptmann: „Das Ausnahme-  
gesetz“)

Am 21. Oktober werden es fünfzig Jahre seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Das starke Anwachsen der Arbeiterbewegung hatte es damals der herrschenden Klasse angefallen. Die Bewegung sollte eingedämmt, wenn nicht gar ausgerottet werden. Wäre es nach Bismarck, dem großen Fälscher und dem frömmeligen Straßendruckberger, gegangen, die Arbeiterklasse wäre im Blute erstickt worden. Es lag nicht an Bismarck, wenn es nicht so weit kam und auch nicht an ihm, wenn er die Bewegung nicht auf gelegentlichem Wege unterdrücken konnte. So lange innerhalb der Arbeiterklasse zwei Richtungen bestanden — Eisenacher und Sozialisten — mochte ihm die Frage der Unterdrückung der Arbeiterbewegung noch nicht so eilig sein. Als aber im Jahre 1875 die Einigung der beiden Richtungen der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gothaer Einigungskongress zustande kam, unternahm Bismarck den ersten Versuch, ein Ausnahmegesetz gegen die sozialistische Arbeiterklasse zu schaffen. Er legte dem Reichstag ein Gesetz vor, das eine Ausdehnung des § 130 des Strafgesetzbuches bringen sollte. Nach diesem Gesetz sollte „wer in einer der öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufreizt, oder in gleicher Weise die Intimität der Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, mit Gefängnis bestraft“ werden. Dieser Vorschlag wurde im Reichstag unter allgemeiner Heiterkeit abgelehnt. Die Reichstagswahlen 1877 brachten der Sozialdemokratie gegen 1874 einen Zuwachs von 135 792 Stimmen.

Unaufhaltsam ging es vorwärts! Die Reaktionskräfte unter Führung Bismarcks brühten unachlässig darüber nach, wie der Bewegung durch ein Ausnahmegesetz beizukommen sei. Da kam ihnen ein äußerer Anlaß zu Hilfe. Ein verkommenes Zwangsverdingling Hädel und Dr. Nobiling. Beide hochgradige Sapphiler. Stand aber ersterer, ein herabgekommener Barock, an der Schwelle der Geisteskrankheit, so war der zweite ein sozial verkommener Mensch. Diese beiden versuchten ein Attentat gegen Wilhelm I. Während bei dem ersten nicht steht, daß er Wilhelm wirklich etwas antun wollte, waren die Schiffe Nobilings den Kaiser. Beide gehörten der sozialistischen Partei an, wurden aber der Sozialdemokratie an die Kackische gehängt, um einen Vorwand zu haben, sie unter ein Ausnahmegesetz zu stellen.

Diesmal schaffte es Bismarck. Er ließ den Reichstag auf, und der Schrecken, der dem Spieler in die Knochen fuhr ab der Antenne, brachte einen der Reaktion gefügigen Reichstag. Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, das auch die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung zerrückte, wurde beschlossen. Es unterstellte die Einwohner von Berlin, Hamburg, Altona, Leipzig, Frankfurt a. M., Stettin und Spremberg den Bestimmungen des sogenannten „kleinen Belagerungsgesetzes“. Ausweisungen der Führer erfolgten und viele wurden von Stadt zu Stadt gejagt, und ihre Familien dem Hunger preisgegeben. Die Arbeiterpresse wurde franguliert. Sofort schuf sich die Arbeiterklasse geheime Organisationen, und geheime Kongresse im Ausland wurden abgehalten. Die Partei schuf sich ein geheimes Zentralorgan, das zunächst in Paris gedruckt und auf geheimem Wege nach Deutschland geschmuggelt wurde. Später, nach der Ausweisung des Redaktions- und Druckertabes aus der Schweiz, wurde das Organ in London ge-

druckt. In den letzten Jahren sogar wurde es in einer geheimen Druckerei in Burgstadt hergestellt. Die Arbeiter von Chemnitz wanderten nachts dorthin und druckten die Zeitung durch Handbetrieb. Außer dem „Sozialdemokrat“ existieren in Deutschland eine ganze Reihe sogenannter Arbeiterblätter.

Zahllos waren die Schikanen und gemeinen Unterdrückungen der Arbeiterklasse. Bis Oktober 1888 wurden 893 Genossen aus ihrer Wohnung und Arbeits-

### Pünktliche Beitragszahlung ist Pflicht!

Am 20. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig!

stätte verjagt, 1299 periodische und nichtperiodische Druckschriften vernichtet, 332 Vereine verboten und über 1000 Jahre Gefängnis verhängt. Je schlimmer die Unterdrückungen, um so mehr entwickelte sich die Partei und um so mehr Anhänger gewann sie. Das zeigte die Reichstagswahlen innerhalb der zwölf Jahre des Schandestiefes. Im Jahre 1881 erhielt die Sozialdemokratie 311 931, 1884 549 990 und 1887 768 125 Stimmen. Der 20. Februar 1890 war, wie Friedrich Engels sagte, der Anfang vom Ende der Ära Bismarck. In diesem Tage errang die Sozialdemokratie einen Millionen Sieg. Die Reichstagswahl brachte 1 427 295 Stimmen, das waren 20 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Bismarck und der reaktionäre Klüngel waren gestürzt. Endlich, am 1. Oktober 1890, wurde der Ausnahmezustand, der inzwischen schon stark gemildert wurde, aufgehoben, das Sozialistengesetz wanderte in den Dofus und bald darauf wurde auch Bismarck gegangen.

Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes nahm die Arbeiterbewegung einen starken Aufschwung und ganz besonders die Gewerkschaftsbewegung. Können wir heute mit Stolz auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung blicken, so darf nicht vergessen werden der Älten, die so unendliche Opfer für die Bewegung brachten. Mit Stolz wollen wir uns unserer Vorkämpfer erinnern und wünschen, daß das, für das sie so große Opfer brachten, bald der Erfüllung entgegengeht.

## Technische Nothilfe.

Von Paul Bergmann, R. d. R.

Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Carl Severing hat auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress die Auflösung der Technischen Nothilfe (Teno) angekündigt. Diese Maßnahme, wie auch der Hinweis darauf, daß sich mit dem eingesparten Geld immerhin etwas zur Durchbrechung des Schutzmantels tun läßt, wurden auf das lebhafteste begrüßt. Es ist damit zu rechnen, daß baldigt eine lang fällige Forderung gewerkschaftlicher und freierzahlender Kreise in Erfüllung gehen wird, deren weitere Verzögerung nicht mehr gut verantwortet werden kann. Bereits im Jahre 1925 hatten die Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen ein Auflösungsersuchen an die zuständigen Regierungsstellen gerichtet, jedoch fanden sie einmal bei der Bürgerlichsozialistischen hierfür keine Gegenliebe, zum anderen erbrachte die erfolgreiche Sabotage der Christen und der Deutschnationalen im Reichstags die durch das Verbot der Kommunisten eine wesentliche Stärkung, einen absoluten Misserfolg dieser Bemühungen.

Als „freiwillige Arbeitsgemeinschaft“ wurde die „Teno“ durch Erlass des Reichswehrministeriums vom 30. September 1919 begründet und zunächst auch dem gleichen Ministerium unterstellt. Ihre Kerngruppe

bildete die „technische Abteilung“ der Garde Kavallerie-Schützenbataillon unfälligen Angehörigen, die aus freiwilligen (Schülern der technischen Hoch- und Fachschulen usw.) zusammengesetzt war. Als Einrichtung mit militärischem Charakter konnte sie nicht das gewünschte öffentliche Vertrauen finden, so daß wohl aus diesem Grunde ihre spätere Unterstellung unter das Reichsministerium des Innern erfolgte. Nicht unwichtige Beziehungen mit der Reichswehr wurden in dessen aufrechterhalten.

Organisation und Aufgaben der „Teno“ wurden in Richtlinien des Reichsinnenministers vom 2. Februar 1920 festgelegt. Sie sollte den „Schutz der Allgemeinheit“ vor den nachteiligen Auswirkungen der Arbeitskämpfe in sogenannten lebenswichtigen Betrieben sichern. Doch in diesen Schutz der Allgemeinheit die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen praktisch nicht einbezogen ist, bedarf keiner besonderen Darlegung.

Mit dem Organisationsaufbau der „Teno“ wurde in absolutem Mißverhältnis zu ihrer Bedeutung ein großzügiger und recht kostspieliger Apparat geschaffen. Die Richtlinien sahen zwar vor, daß die Kosten durch die beteiligten Unternehmen gedeckt werden sollten, tatsächlich aber blieb es bisher den Steuerzahlern vorbehalten, die Jahr für Jahr im Haushaltsplan des Reiches eingeleiteten hohen Kosten aufzubringen. Unter einer Berliner Hauptstelle wurden über das gesamte Reich verteilt zahlreiche hauptamtliche Dienststellen in Landesbezirken und Landesunterbezirken errichtet. Im Dienste jeden Landesbezirktes stehen hauptamtlich im Privatdienstvertrage ein Ingenieur, ein Volkswirt, ein technischer Hilfsarbeiter und sonstiges Personal.

Die Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus 22 Proz. Landwirte, 21 Proz. Techniker und Ingenieure, 16 Proz. Angehörige freier Berufe, 13 Proz. Handwerker, 12 Proz. Frauen, 10 Proz. Arbeiter, 6 Proz. Schüler und Studenten. Die Mitgliederzahlen betrugen 22 240 Anfang 1920, 450 000 im Jahre 1924 und 336 000 im Januar 1927.

Nicht man die Bedeutung der „Teno“ mit den Zahlen ihrer eigenen Statistik, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß durch sie Reichsmittel in geradezu üppiger Verschwendung verausgabt werden. Für den Einlog der Arbeitskämpfe, wofür sie gegründet wurde, kommt sie dank der Geldschlichkeit gewerkschaftlicher Strategie kaum noch in Frage. Um überhaupt noch einen Daseinszweck zu erfüllen, findet sie ihre Hauptbetätigung bei Ereignissen höherer Gewalt, wie Gebäude-, Wald- und Kornbränden, Hochwasser usw. Im Jahre 1921/22 erreichte die Tätigkeit der „Teno“ ihren Höhepunkt. Sie wurde eingeleitet:

Jahr	von den Reichsministerien Eingeleitet	von höherer Gewalt	Gewaltlose Ereignisse	Arbeitsstunden höherer Gewalt
1921/22	933	6	1 576 358	12 260
1925	82	68	131 778	38 765
1926	—	81	—	45 607

Mit dem Jahre 1926 schließt die Berichtstätigkeit, beziehungsweise weiteres Zahlenmaterial ist verständlicherweise bisher nicht veröffentlicht worden. Nach dem amtlichen Material erforderte die „Teno“ im Jahre 1926 einen monatlichen Kostenaufwand von etwa 250 000 Mark aus Reichsmitteln. Im Dezember 1923 wurden insgesamt fünf Mann eingeleitet zur Bekämpfung eines Kornmietenbrandes in Stasenhagen (Mecklenburg). Sie wurden zusammen 35 Arbeitstunden beschäftigt. Daraus ergibt sich, daß für je sieben Arbeitstunden eines Nothelfers ein staatlicher Aufwand von 50 000 Reichsmark erforderlich war. Im März 1923 fand die „Teno“ nicht in einem einzigen Falle Verwendung.

Die völlige Überflüssigkeit der „Teno“ ist erwiesen. Trotzdem fordern gewisse Kreise unter Hinweis auf durch etwa mögliche Arbeitskonflikte bedrohte „Allgemeininteressen“ ihre Beibehaltung. Wie unberechtigt ihr Begehren ist, ergibt sich aus den beifolgenden Vergleichszahlen über stattgefundenene Arbeitskonflikte:

Jahr	Zahl der Streiks	Aus- breitung	Zahl der verlorenen Arbeitstage bei:	
			Streiks	Ausbreitung
1909/13	2 171	425	6 330 898	48 538 687
1920	4 274	118	17 224 659	1 369 664
1926	325	40	891 606	513 269
1927	674	96	2 442 694	2 176 142

Die Bewegungen der letzten Jahre haben hinreichende Gewähr dafür geboten, daß lebenswichtige Betriebe nicht vom Streik in das Allgemeinwohl schädigender Weise betroffen wurden. Eine große Anzahl von Kämpfen gehen der tariflichen Erfassung von Klein- und Mittelbetrieben. Von wesentlicher Bedeutung aber ist die Feststellung, daß ungeheuerliche Schädigungen des Allgemeinwohls erfolgen durch die gewöhnlichen Angriffe der Schwerindustrie auf die Lebenshaltung der in den Großbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Daselbe Unternehmertum aber ist es, das jetzt wieder gegen die Auflösung der „Teno“ Sturm läuft.

Dieser Widerstand muß gebrochen werden. Die Gewerkschaften sind durchaus in der Lage, die Auswirkungen ihrer Aktionen zu übersehen. Sie haben der Staatsgewalt hinreichende Gewähr gegeben, daß die erforderlichen Notarbeiten im Falle eines Streiks durchgeführt werden. „Fort mit der Teno“.

# Den letzten Mann in die Front.

Von Chr. Blome.

„Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich von den Unternehmern alles bieten ließen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahrzehnten eine klassenbewusste Arbeiterschaft gemacht.“  
(Regien auf dem 8. Gewerkschaftskongress zu Dresden.)

Noch niemals ist die Frage der Agitation für unsere Gewerkschaft so aktuell gewesen wie gegenwärtig. Waren bisher die vier Einzelverbände in dieser Beziehung nur ganz und gar auf sich allein angewiesen, so haben wir heute den unschätzbaren Vorteil, die Arbeiten der Agitation gemeinsam in die Hand zu nehmen. Das alte Wort bleibt immer am Ort: „Was einem zu schwer erscheint, ist für vier eine Kleinigkeit.“ Wir haben uns nicht konzentriert des guten Namens wegen. Nein, ein ernster, fester Wille hat uns dazu gebracht.

Infolge ständiger Veränderung der Struktur der Wirtschaft, die mit der Entwicklung zum Großunternehmen, der Vereinigung der verschiedensten Branchen und Gruppen von Arbeitern an einer Betriebsstätte, begannen und über die Einschränkung des Finanzkapitals und weniger Finanzmagnaten auf eine wachsende Zahl von Großunternehmen zum modernen Konzern geführt hat, nötigte auch uns als Gewerkschaft, unsere Organisationsform in der Richtung auf eine größere Konzentration zu verändern. Auch die Verstärkung der Arbeitgeberorganisationen haben ihr Teil dazu beigetragen.

Noch im Jahre 1892 war auf Grund der Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschaftskongresses der Zentralverband der herrschende Organisationstyp. Obgleich der Konzentrationsgedanke seit 1892 auf jedem Gewerkschaftskongress zur Debatte stand, vermochte er sich bis zum Jahre 1906 nicht durchzusetzen. Ab 1907 verminderte sich die Zahl der Verbände bei weiterer starker Zunahme der Mitglieder. Im Jahre 1891 bestanden 62 Verbände mit 277 659 Mitgliedern. Im Jahre 1906 stieg die Zahl der Verbände auf 63 und die Zahl der Mitglieder auf 1 689 709. Im Jahre 1913 waren 2 573 718 Arbeiter in 49 Verbänden organisiert. Gegenwärtig zählen wir 4 670 000 Mitglieder in 35 Verbänden. Dieser Entwicklungsgang ist der beste Beweis, daß die Vereinigung wachsender Mitglieder massen in einer sinkenden Zahl von Niederverbänden das Kennzeichen der organisatorischen Entwicklung der deutschen Gewerkschaften ist.

In Erkenntnis dessen, allen uns entgegenkommenden Stürmen gewachsen zu sein, sind wir zu dem Entschluß gekommen, uns ebenfalls zu konzentrieren. Dazu ist aber noch eins unbedingt erforderlich, und zwar müssen wir jetzt alle, ob Fleischer oder Bäcker, Brauer oder Böttcher, Konditor oder Weinküfer, Müller oder Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, ernsthaft bemüht sein, auch den letzten uns noch fernstehenden Kollegen oder Kollegin heranzuziehen, um sie einzureihen in unsere Front.

Wir wollen hier an dieser Stelle nicht auf die einzelnen Erfolge unserer Gewerkschaft zurückgehen. Zugegeben und anerkannt werden die von den Gewerkschaften erzielten Erfolge von jedermann. Denken wir nur zurück an die erbitterten Kämpfe der Gewerkschaften in der Vorkriegszeit. Die Koalitionsfreiheit wurde beschränkt, wo es nur eben möglich war. Wie fürchtbar schwer muß die Agitation gewesen sein. Auch das Tarifvertragswesen hatte vor dem Kriege nicht die rechtsbildende Fähigkeit wie heute. Nach dem Kriege wurde es anders, ja, man darf wohl sagen, bedeutend leichter. Das Abkommen vom 15. November 1918 besagte dann im ersten Satz: „Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretungen der Arbeiterschaft anerkannt.“ Des weiteren heißt es seit der Zeit, daß auch die Beschränkung der Koalitionsfreiheit unzulässig ist. Auch vieles andere hat uns die Staatsumwälzung 1918 zugunsten der Arbeiterschaft gebracht. Die denkbar möglichsten Fortschritte sind zu verzeichnen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete. Alle Forderungen der Gewerkschaften wurden Gesetz. Dies soll und muß die Arbeiterschaft anerkennen. Viel Wünsche harrten aber noch ihrer Erfüllung. Diese können wir nur erreichen, indem wir uns geloben, die jetzt kommenden Wintermonate dazu zu benutzen, um die uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Wir haben absolut keine Ursache, unsere Hände in den Schoß zu legen. Wenn die Bilanz im Nr. 36 der „Einigkeit“ auch die Zahl von 160 000 aufweist, so können wir uns derer wohl erfreuen, aber noch nicht befriedigt sein. Schaffen wir also weiter in der Hoffnung, daß wir nach Ablauf des ersten Jahres unseres neuen Verbandes die Zahl von 200 000 aufzuweisen haben. Gedenken wir der Worte unseres unvergeßlichen Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht:

„Großes Werk gedeiht  
Nur durch Einigkeit!“

# Nürnberger Land geht durch alle Land!

Nürnberg wird zum erstenmal erwähnt in einer Urkunde Kaiser Heinrichs III. im Jahre 1050. Der Handel, dessen Vertreter in erster Linie die reichen Patrizier waren, brachte die freie Reichsstadt zu großem Ruhm und Ehre. Er ging weit über Deutschlands Grenzen hinaus und erstreckte sich auf alle Weltteile. Besonders war es die Handwerkskunst, deren Blütezeit in das 15. bis 16. Jahrhundert fällt. Männer wie Peter Fischer, Adam Kraft, Peter Henlein, Hans Sachs, Albrecht Dürer usw. sind in der Geschichte mit ehernen Lettern verzeichnet.

Jedes Gewerbe war in sich abgeschlossen in seinen Zünften. Schon 1370 finden wir die ersten Lebzelter. Die Herstellung der berühmten Nürnberger Lebkerei reicht bis in das graue Mittelalter zurück. Der Honig, dessen Alter und Bekanntheit schon in der Bibel Erwähnung getan wird, vertrat die Stelle des Zuckers, und aus diesen Gründen erklärt sich auch, daß die Lebkücherei auf ein ehrwürdiges Alter zurückblicken kann, das sich Jahrhunderte hindurch erhalten konnte. Die alten Zünfte der Lebzelter mußten dank der wirtschaftlichen Entwicklung und der fortschreitenden Kultur absterben, aber der konservative Charakter der



Nürnberg (Hinterberg)

MICHAELIS

alten Zünftler ist den jungen Zünftlern, zwar etwas strikt, doch immer noch gut konserviert, erhalten geblieben. Noch in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren von der gegenwärtig blühenden Lebkuchenindustrie erst bescheidene Anfänge vorhanden. Die Lebkücherei war zu jener Zeit im großen und ganzen noch Handwerksbetrieb, und das patriarchalische Verhältnis zwischen Prinzipal und Gehilfen war noch sehr ausgeprägt. Kost und Wohnung im Hause des Arbeitgeber, verbunden mit überlanger Arbeitszeit, war durchweg vorherrschend.

Die Entwicklung vom Handwerk zur Industrie machte nach Aufhebung der Gewerbefreiheit so außerordentlich rasche Fortschritte, daß kleine unansehnliche Betriebe in einigen Jahren sich zu Fabrikbetrieben entwickelten. Die nun vorwärtsschreitende Industrialisierung zeigte auch den in dieser Industrie beschäftigten Arbeitern, sie müssen zeitweilig Lohnarbeiter bleiben und unter den traurigsten Lohnverhältnissen mit ihren Angehörigen das Leben fristen. Die Unternehmer hatten durch den Weltruf ihrer Fabrikate ungeheure Gewinne erzielt. So konnten die Betriebe mit allen möglichen technischen Hilfsmitteln ausgestattet werden. Die Arbeiterschaft hatte keinen Anteil an den von ihrer Arbeitskraft geschaffenen Werten. Bei äußerst langer Arbeitszeit erhielten sie schlechte Löhne.

Diesen realen Verhältnissen gegenüber konnte selbst der angelernte Berufsdünkel nicht standhalten. Anfangs der achtziger Jahre wurden bei den in Lohnfragen zur größten Bescheidenheit erzoenen Konditor- und Lebküchlergehilfen ab und zu Worte der Unzufriedenheit laut. Immer mehr und mehr bürgerte sich die Frauenarbeit ein, so daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geradezu menschenunwürdig wurden. Rarger Lohn bei sechzigstündiger Arbeitszeit, das war das Los der Beschäftigten in einer der gewinnbringendsten Industrien. Durch weitblickende Kollegen war es möglich, auf dem Wege der Organisierung endlich Breche in diese Verhältnisse zu legen. Die wackrigen Anfänge einer Arbeiterorganisation standen zu

jener Zeit einem sehr stark ausgeprägten, kapitalträchtigen Unternehmertum gegenüber.

Der erste Vorstoß wurde 1898 unternommen, wo der Anfangslohn der Hilfsarbeiter 13,80 Mk., der der Gelehrten 17 bis 18 Mk. pro Woche betrug. Auf die erste Forderung gaben die Unternehmer überhaupt keine Antwort. Auf eine zweite bescheidene Anfrage wurde am Schwarzen Brett eine Bekanntmachung erlassen, nach der 1 Pf. Stundenlohnerhöhung und zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung zugestanden wurde. Bis 1907 hielten es die Lebkuchenbarone unter ihrer Würde, mit der Organisationsvertretung der Arbeiterschaft zu unterhandeln. Durch Bekanntmachungen wurden Streitfragen für erledigt erklärt. Das war möglich, weil die große Masse der Beschäftigten aus Furcht und Gleichgültigkeit der Organisation fernblieb. 1898 wurde wieder 1 Pf. Stundenlohnerhöhung erreicht und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine weitere Stunde. 1900 eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde. 1903 wurden 20 Pf. für die Arbeiter und 10 Pf. für die Arbeiterinnen erreicht. 1905 gab es eine stufenweise Erhöhung von wöchentlich 60 Pf. bis 1,80 Mk. Erst im Jahre 1907, nachdem die Mitgliederzahl auf 590 gestiegen war, kam es zu Verhandlungen, die zum ersten Tarifabschluß führten und allen Arbeitern und Arbeiterinnen während dieser Zeit eine Lohnerhöhung von 2,40 Mk. brachte. 1910 konnte eine weitere Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht werden und eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde, ab Januar 1913 weitere 3 Pf. Nach Umrechnung der Stundenlöhne betrug die Lohnzulage im mindesten Falle 3,36 Mk. und im höchsten Falle 4,32 Mk. in der Woche, so daß nur noch wenige Kollegen unter 25 Mk. pro Woche verdienten. Leider war es nicht möglich, in sozialer Beziehung, wie Urlaub, § 616 usw. für die Kollegschaft Erfolge zu erzielen, weil vor allen Dingen die erbärmlichen Löhne beseitigt werden mußten. 1924 führte die Kollegschaft einen sechs-wöchigen Streik, der mit vollem Erfolg beendet wurde. Durch die Erreichung eines Reichstarifes in der Süßwarenindustrie kam die Urlaubsgewährung, der § 616, Feiertagsbezahlung, 48stündige Arbeitszeit den Beschäftigten als Erfolg zugute.

Was lehrt uns nun die Geschichte der Nürnberger Bewegung? Vor allem zeigte sie, daß ohne geschlossene Organisation solche Erfolge niemals erzielt werden konnten. Nur die freie Kampforganisation ist die wirkliche Interessenvertretung, die ihren Mitgliedern Vorteile bieten kann. Deshalb gilt es allerorts, wenn die Unternehmer die Belegschaften höher einschätzen sollen und sie nicht nur als Fabriknummer betrachten, mehr Selbstvertrauen zu beweisen. Geschlossen müssen sie ihrer Organisation — dem Verbände der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — beitreten. Dann, aber auch nur dann wird es für die Beschäftigten in der Süßwarenindustrie besser. H. H.

## Technik und Wirtschaftswesen

im Bäcker- und Konditoreigewerbe, in der Süß-, Back-, Teigwaren- und Mühlenindustrie

bietet in ihrem soeben erschienenen Oktoberheft wieder eine große Fülle äußerst wertvollen Materials für die Berufsangehörigen, so daß der Bezug dieser Zeitschrift den Mitgliedern dringend empfohlen werden kann.

Aus dem Inhalt des 32 Textseiten starken Heftes haben wir hervor:

Der elektrische Wärmespeicherofen II.  
Die Beschädigung des Brotgetreides durch Auswuchs.

Ueber die Korinthe.  
Wie kann der Bäcker und Konditor die Süßfrüchte vorteilhaft verwerten? I.

Ueber die Bereitung von Süßmosten.

Unter Arbeitsweise und Material finden wir gute Tortenvorlagen, ferner Abhandlungen über Marzipangebäckimitationen, Petit-Fours und anderes, Tragantauslauf als beliebten Christbaumbehang, verschiedene Kaffeekränze.

Die Technisch-wissenschaftliche Umschau bringt Besprechungen über Mehlbehandlung, moderne Dampfbäckofen, neue Füllung für Heizröhren der Dampfbäckofen, eine Halb-Metro-Methode zur Bestimmung des Klebergehaltes in Mehlen, die Hitze und die Konditorei, Verwendung chemischer Konservierungsmittel bei der Obstverwertung, Aktuelles über das Rosten der Kakaobohnen, Rosinenernte in Kalifornien.

In der Rundschau in Gewerbe und Industrie lesen wir über einen neuen Unterrichtslehrgang für Bäcker, Brotpreisverhältnisse in der Schweiz. Preisanschreiben für den besten Vorschlag zur Unfallverhütung. Hauptversammlung des Verbandes deutscher Schokoladenfabrikanten. Vermehrung der Großbetriebe, Kakaobörse, Gruppenthon in Japan, Kolosjett zu Sahne- und Rahmhonbons.

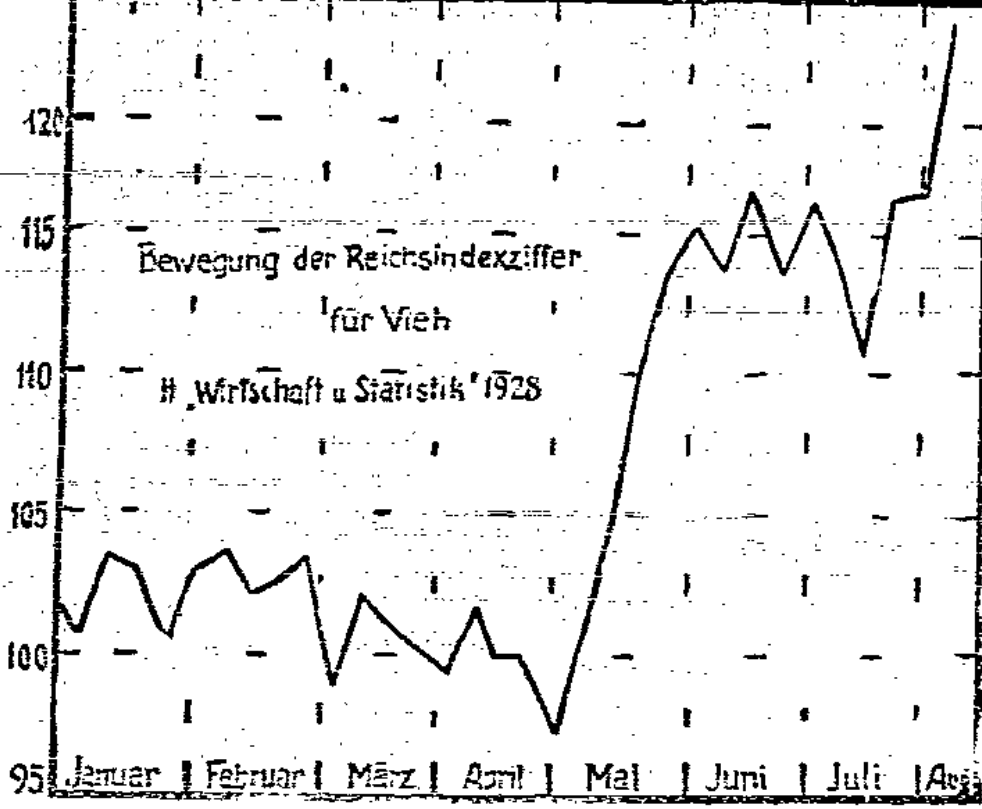
Den weiteren Inhalt bilden Monatsberichte (Getreide und Mehl, Zucker, Kaffee), Verbandsmitglieder beziehen die Zeitschrift für 25 Pf. je Heft durch die Ortsgruppen des Verbandes.

# Starkes Ansteigen der Viehindexziffer.

Die Reichsindexziffer für Vieh bietet einen Überblick über die Preisbewegung der größten Viehmärkte. Bei der Erzielung dieser Ziffer werden alle Viehgattungen entsprechend ihrem Anteil am Gesamtverbrauch berücksichtigt.

Wie das Schaubild zeigt, steigen die Viehpreise seit Mai dauernd. Das vorübergehende Sinken im Juli war nur eine vorübergehende Erscheinung. Entscheidend wird die Kurve beeinflusst durch die hohen Schweinepreise. Ueber die katastrophale Entwicklung im August versucht die agrarische Presse mit allen möglichen Ausreden die Öffentlichkeit zu beruhigen. Wenn die agrarische Presse darauf hinweist, daß die Landwirtschaft imstande ist, die Fleischversorgung der

Das Preisbarometer der Viehmärkte



Bevölkerung sicherzustellen, so ist das eine oft widerlegte Behauptung. Wäre die große Masse der Bevölkerung nur etwas konsumfähiger, würde es sich in geradezu katastrophaler Weise zeigen, wie wenig gerade die Agrarier in der Lage sind, die Bevölkerung Deutschlands mit genügend Fleisch zu versorgen.

Vor der Ernte wies man darauf hin, daß eine baldige Preislenkung erfolgen würde, da während der Erntearbeit der Landwirt verhindert sei, sich mit dem Viehverkauf zu beschäftigen. Die Erntearbeit ist erledigt, und von einem Sinken der Viehpreise ist nichts zu beobachten. Gegenüber Juli stieg im August infolge einer allgemeinen Steigerung der Schweinepreise die Indexziffer für Vieh um 5,1 Prozent. („Wirtschaft und Statistik“ Nr. 17.)

In diesem Jahre wird es kein billigeres Fleisch mehr geben. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat dies erst kürzlich bestätigt. Somit ist auch wenig Aussicht vorhanden, daß das Fleischergewerbe in die Lage kommt, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Höchstens, daß durch saisonmäßige Arbeit in der Fleischwarenindustrie eine kleine Verminderung in der Arbeitslosenzahl vorübergehend eintritt.

## Bäckereigewerbe

### Ablehnung eines Reichstarifes.

In der letzten Gesamtvorstandssitzung des „Germania“-Verbandes wurde nach einem Referat des Syndikus Erich die Ablehnung eines Reichstarifvertrages für das Bäckergewerbe einstimmig beschlossen. Dieser Ausgang der von uns eingeleiteten Aktion ist nach der ablehnenden Haltung in den Zweigverbänden, über die wir ebenfalls früher berichteten, nicht mehr verwunderlich. Bekanntlich haben die Innungen durch ihre Organisation beim Reichsarbeitsminister die generelle Genehmigung der 54-stündigen Arbeitswoche gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gefordert. Diesen Ansinnen konnte vom Reichsarbeitsminister jedoch nicht entsprochen werden, weil die gesetzlichen Bedingungen, die für eine eventuelle Zulassung der 54-Stunden-Woche sprechen könnten, nicht erfüllt wurden.

Da nunmehr der Innungsverband den Abschluß eines Reichstarifes mit uns ablehnt, so muß man annehmen, daß er auf die Durchführung der 54-Stunden-Woche keinen Wert mehr legt.

### Der Germania-Verband bleibt beim 5-Uhr-Arbeitsbeginn.

In der Gesamtvorstandssitzung des Zentralverbandes deutscher Bäckereien wurde wiederum zum Arbeitsschutzgesetzentwurf Stellung genommen. Obermeister Gruber, Berlin, übernahm hierzu das Referat. Ueber die Wünsche der Bäckereimeister zur Abänderung des Regierungsentwurfes sind wir aus ihren früheren Sitzungen informiert. Wir müssen gestehen, daß sie mit ihren Forderungen nicht hinterhergefallen, sondern nach dem Grundsatze „Wer viel verlangt, wird schon etwas erhalten“ handeln. Wir werden später noch darauf zurückkommen. Uns interessiert vornehmlich, daß von den süddeutschen Innungen erneut versucht wird, die Fortrückung für ihre Bestrebungen auf den 4-Uhr-Arbeitsbeginn zu gewinnen. Nachdem aber von den

Süddeutschen eingesehen wurde, daß sie bei ihren Brüdern im Norden wenig Anklang mit ihren Wünschen finden, so versuchten sie nunmehr bei dem Festhalten an den 5-Uhr-Arbeitsbeginn darauf hinzuwirken, daß die Möglichkeit der Genehmigung einer Vorverlegung um eine Stunde durch die Landesbehörden bei der Beratung des Arbeitsschutzgesetzes gefordert werden soll. Die verbandswise vorgeschlossene Abstimmung ergab die Ablehnung mit 61 gegen 28 Stimmen. Das Saarland enthielt sich der Abstimmung. Entgegen früheren Entscheidungen in diesen Kreisen wurde bei einer dieser Beschlussfassungen vorausgegangenem Abstimmung geschlossen gegen den 6-Uhr-Arbeitsbeginn votiert. Die Stimmung der Bäckereimeister für das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit hat sich also in wenigen Jahren wesentlich geändert. Noch im Geiste vor dem Internationalen Arbeitsamt vertrat der Beauftragte des Germania-Verbandes, Obermeister Müller, Einigkeit, den Standpunkt, daß die deutschen Bäckereimeister die Beibehaltung des 6-Uhr-Arbeitsbeginns auch in einer internationalen Vereinbarung wünschen. Heute hat man sich längst schon von dieser Einstellung befreit und ist dazu übergegangen, den früheren Arbeitsbeginn zu fordern. Wer weiß aber, wie lange noch und ob nicht während der Beratungen des Arbeitsschutzgesetzes im Reichstag ein Stimmungsumschwung zugunsten der süddeutschen Reaktion eintreten wird.

## Böttcherei, Weinhandel

### Guter Herbst.

Das Statistische Reichsamt bemühte sich im Laufe des Jahres, mit Zahlen zu beweisen, daß wir einen schlechten Herbst bekommen. In Interessententreisen fehlte es nicht an Stimmen, die diese Zahlen als bare Münze nahmen. Sie sahen schlechte Zeiten für Winzer und Weinhändler kommen, und wieder andere fanden darin Grund genug, um auf Vortrat über die kommende Not zu klagen. Mit Zahlen wollte man etwas beweisen und hatte erfreulicherweise nichts zu beweisen.

Soweit nunmehr die Situation im Weinbau zu übersehen ist, bekommen wir einen ausgezeichneten Herbst, wozu die Witterung der letzten Tage mit ihren nicht kalten Niederschlägen noch wesentlich beigetragen hat. Der Stand der Reben und Trauben ist nicht nur durchweg gesund, sondern der Behang überaus reichlich. Um die Qualität des Mostes zu heben wird fast durchgehend der Standpunkt vertreten, die Lese möglichst hinauszuschieben. Diese Anregung findet auch überall gute Aufnahme. Wenn auch die Maisfröste in manchen Distrikten großen Schaden anrichteten, so steht doch fest, daß diese Berichte übertrieben und die Schäden durch den guten Sommer wieder ausgeglichen wurden. Es ist mit einem guten Herbst zu rechnen, zumal man meistens große, vielfältige Beeren antrifft.

Der beendete Portugieserherbst gibt hierfür die beste Hoffnung. Die neuen Weine zeigen fast durchweg gute Mostgewichte bei geringer Säure, wenn auch Ausnahmen anzutreffen sind. Daraus ist zu schließen, daß sich die Zuckeringehalte überhaupt in Frage kommt, in bescheidenen Grenzen halten wird, wobei die sogenannte Trockenzuckerung eine erhöhte Rolle spielen dürfte. Ob allerdings auf Grund der neuen Ernte eintreten wird, was zum Teil die Tagespresse verlauten lassen, daß der gute Herbst anregend wirken wird zu einem zuverlässigen Aufstieg des Weinbaues überhaupt, wozu nicht zuletzt ein erhöhter Mostkonsum gehört, möchten wir vorerst bezweifeln, denn der Stand der Mostpreise ergibt schlechte Aussichten dafür, daß der gute Herbst auch erschwingliche Preise für Konsumweine bringen wird.

Dies aber ist die Vorbedingung, wenn die weniger mit Glühsäure gesegneten Menschen Wein konsumieren wollen. Wer die bisherigen Preisforderungen für die bereits gelagerten Portugieser- und sonstigen Moste betrachtet, wird uns ohne weiteres zustimmen. Dadurch aber erreicht man nicht einen Aufschwung des Mostkonsums, sondern verhängt den bereits von Jahr zu Jahr sich fortsetzenden Rückgang. Die geforderten Preise sind für den Arbeiter nicht tragbar. Auch die „Deutsche Weinzeitung“ bestätigt unsere Auffassung:

„Die Wirtschaftslage bedingt für jedermann eine Zurückhaltung entbehrlicher Ausgaben und die seit herge Preislage für die Weine der letzten Jahrgänge hat schon reichlich dazu beigetragen, den Wein als Genussmittel schwerer zu schätzen. Diese bedauerliche Feststellung trifft Weinbau und Weinhandel gleichermaßen. Leidet heute schon der Weinhandel durch Kapitalmangel, durch langsame Zahlungsmittel der Kunden, durch Abfahrmangel, durch Lasten aller Art, die stets die gleichen bleiben, auch wenn der Geldsäckel Lücken aufweist, so wird noch zum Nachteil aller Beteiligten erneut auf eine schiefe Ebene gelenkt, wenn er nunmehr Kapitalien für die neue Ernte aufbringen soll, die normales Maß und somit Rentabilität übersteigen, zumal sich die Entwicklung solcher Jahrgänge — man denke an gewisse Weine des Jahres 1921 — noch nicht übersehen läßt, so daß auch die Risikofrage hierbei mehr oder weniger eine Rolle spielt. Nicht Schulden und Lasten, nicht Bankkredite, nicht Wechselgeschäfte, nicht Risiko für die Zukunft, sondern Konsumförderung und dadurch Belebung des gesamten Abfahres für Winzer und Händler, mit Hilfe normaler Preise und guter Qualität, sollten die Parole des Herbstes sein.“

Werden diese mahnenden Worte des genannten Blattes nicht bald Allgemeingut im Weinbau überhaupt, dürften zuletzt alle Versuche, den deutschen Weinbau nicht nur zu

erhalten, sondern auch weiter auszubauen, scheitern, trotz aller Staatsmittel, die auch einmal versiegen können.

Der Mahnruf: „Deutsche, trinkt nur deutschen Wein!“ verhallt nur dann nicht ungehört, wenn die deutschen Weine auch in der Preislage sich mit den ausländischen Weinen messen können.

Wir freuen uns über den guten Herbst und hoffen, daß wir uns auch recht bald über vermehrte Einsicht im Hinblick auf die Preisgestaltung bei den maßgebenden Kreisen freuen können.

## Fleischer und Berufsgen.

### Doktor Eisenbärte.

Der Verband der bayerischen Fleischwarenindustrie hielt vor einigen Tagen in München eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach Referaten von einem Syndikus und dem Kommerzienrat Zimmermann-Thannhausen über die gegenwärtige Lage der Fleischwarenindustrie wurde eine Entschliessung angenommen, in der „ausreichende Preise“ für die Vieherzeuger, Zollschutz für Vieh und tierische Produkte und Beseitigung des zollfreien Gefrierfleischkontingents gefordert wurde. Die Landwirtschaft wird sich durch Errichtung eigener Fleischwarenbetriebe erkenntlich zeigen. Die Fleischwarenindustriellen begeben sich mit ihren Zollforderungen auf ein schiefes Gebiet. Sie jammern doch selbst so oft über die mangelnde Konsumkraft der Bevölkerung.

Auch den Landwirten helfen die Zölle nicht immer. Die Einführung eines Zolles 1925 und die Heraushebung des Zolles im Frühjahr 1927 auf Schweinefleisch von 21 auf 32 Mark konnte die Preise nicht hochhalten.

Vom Sommer 1926 an begann in immer schnellerem Preistempo ein Abstieg. Im Dezember 1926 unterschritten die Schweinepreise den Preis von 70 Mk je Zentner und im März 1927 bis zum Anfang Mai 1928 sanken die Schweinepreise auf 55 bis 40 Mk. Mit dem Roggen war es noch schlimmer. Hielten sich die Preise bei Zollfreiheit im Erntejahr 1924/25 auf einem Niveau von 125 bis 135 Proz. des Vorkriegsjahres, so sanken sie nach Einführung des Zolles rapid bis unter die Vorkriegspreise. Die Ursache liegt auf innerwirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiete. Wir empfehlen den Führern der Fleischwarenindustrie, einmal die Abhandlung von Fritz Baade: Landwirtschaft und Volksernährung in „Die Gesellschaft“ Nr. 8/1928, zu studieren, und sie werden erkennen müssen, daß ihre Resolutionsmacherei eine Doktor-Eisenbärte-Kur war. Wir empfehlen auch die Abhandlung in den Schriften des Instituts für Konjunkturforschung besser zu studieren. Sind diese auch nicht aller Weisheit letzter Schluß, so könnten sie dort zum wenigsten Anhaltspunkte finden, woran die Landwirtschaft krankt.

Wenn weiter Herr Zimmermann meinte: Ja, der Arbeiter hat doch den Achtstundentag und auskömmlichen Tariflohn. Auch „der Beamte“ hat einen auskömmlichen Lohn und anschließend die Auffassung vertrat: „Jedermann, auch der Mittelstand, könnte es ertragen, wenn die Fleischpreise um 5 oder 10 Pf. erhöht würden“, so wird wiederum bewiesen, daß letzten Endes der Konsument geschöpft werden soll.

### Ein neues Heilmittel.

Der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ geht es infolge der starken Konkurrenz durch die „Fleischer-Verbands-Zeitung“ nicht mehr sehr gut. Zur Rettung ihrer Einkommensbeschwerden hat sie nun ein neues Heilmittel entdeckt. Sie fordert die Fleischereimeister auf, der Kundschaft zu sagen, daß die Leberwurst geradezu ein Heilmittel sei. „Durch den Leberwurst-Sonderdruck der Allgemeinen Fleischer-Zeitung, 100 Stück frei Haus 1,60 Mk per Packung.“ Zu diesem „Apothekerpreis“ kann der Sonderdruck bei Massenablauf wirklich zum Heilmittel für die „Allgemeine“ werden.

„Leber ist ein unfehlbares Heilmittel gegen schwere Blutarmut. Sie muß aber in großen Mengen in besonderer Kur gegeben werden. Sie wird auch verabreicht in medizinischem Lebermehl. Eine solche Kur kostet allerhand Geld.“ Der Deffentlichkeit aber vorzutäuschen, daß Leberwurst, die im allgemeinen verhältnismäßig wenig Leber enthält, ein Heilmittel sei, ist eine Kurpfuscherei ohnegleichen.

Man mag ruhig Propaganda für die Leberwurst machen, sie ist bei weitem nahrhafter für den der sie kaufen kann, als so manches andere Nahrungsmittel, man mag aber die Propaganda in sachlicherer Form machen. Die Art der Propaganda kann in das Gegenteil umschlagen.

## Getränke Industrie

### Hefekonzern legt Betriebe still.

Die Bestrebung, in der Hefeindustrie alle Betriebe unter einen Hut zu bekommen, ist bisher noch nicht vollkommen geglückt. Bekanntlich wird von den Konzernbetrieben gegen die Außenleiter ein erbitterter Kampf um die Preisgestaltung geführt. Millionen von Mark werden durch die Kampfpreise nutzlos vertan. Die kapitalfrächtigste Gruppe ist zweifellos die „Norddeutsche Hefeindustrie A.G.“, die mehr als 50 Proz. der Gesamtproduktion auf sich vereinigen dürfte. Die Norddeutsche Hefeindustrie A.G. geht nun daran, die Produktion zu rationalisieren, allerdings zum Schaden der Arbeiterschaft. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterschaft werden kurzerhand Betriebe stillgelegt.

Als erster Betrieb mußte die Spiritus- und Preßhefenfabrik G. m. b. H. in Neuhaldensleben daran glauben. Am 1. Oktober ist der Betrieb stillgelegt. Als Grund wurde bei den Verhandlungen angegeben, der Betrieb sei wegen der hohen steuerlichen Belastung nicht mehr rentabel. Kein Mensch, der mit den Verhältnissen vertraut ist, glaubt daran. Bei dem Betrieb in Neuhaldensleben handelt es sich um einen modernen Betrieb, der auch hätte weiter bestehen können, wenn der Hefenkonzern nicht durch die Kampfspreise zu solchen Maßnahmen schreiten würde. Eine ganze Anzahl Verbandskollegen, darunter solche, die im Betrieb alt und grau geworden sind, werden braunlos und fallen der Arbeitslosenunterstützung zur Last. Als Schmerzensgeld bekam noch jeder Arbeiter 10 Tage Lohn bezahlt, ein für die langjährig geleistete Arbeit sehr minimaler Betrag, mit dem sich auf jeden Fall ein abgebauter Konzerndirektor nicht zufrieden geben würde. Das ist der Dank dafür, daß die Arbeiter jahrelang und bis heute für einen sehr niedrigen Lohn gearbeitet haben. Das ist kapitalistische Wirtschaftsordnung! Kollegen, lernt daraus!

### Steigerung der Bierproduktion in Rheinland-Westfalen.

Der Anteil Rheinland-Westfalens an der deutschen Bierproduktion ist gestiegen. Von der Gesamtproduktion, 37,7 Mill. Hektoliter, im Steuerjahr 1924/1925 betrug die hergestellte Biermenge in den Landesfinanzamtsbezirken Düsseldorf und Münster 4,4 Mill. Hektoliter oder etwa ein Neuntel der Gesamtproduktion. Im Jahre 1927/1928 erhöhte sich der Ausstoß auf 6,8 Mill. Hektoliter oder auf etwa ein Siebtel der Gesamtmenge von 51,6 Mill. Hektoliter. Diese Entwicklung ist auffällig. Alle anderen Bezirke haben wohl auch eine Zunahme zu verzeichnen, bleiben aber mit einigen Ausnahmen weit hinter Rheinland-Westfalen zurück. Bayern nicht ausgenommen.

Die Ursache dieser Entwicklung ist nicht etwa nur in der persönlichen Tüchtigkeit einzelner Brauereidirektoren zu suchen, wie die Unternehmerpresse meint, sondern in der Hauptursache in der gebesserten Lebenshaltung der Bevölkerung begründet.

Aber noch eine andere Ursache darf nicht außer acht gelassen werden, die Steigerung der Einwohnerzahl. Wenn auch nicht genau nachzuweisen ist, wie groß diese in der Zeit zwischen 1924/1925 und 1927/1928 ist, so läßt sich doch ein Bild gewinnen aus der Bevölkerungszunahme innerhalb der Zeit von 1919 bis 1925, die ungefähr 20 Proz. von der gesamten deutschen Bevölkerungszunahme ausmacht.

Erhöhte Produktion bedeutet erhöhte Gewinnmöglichkeit. Wir wollen hoffen, daß dies der Anlaß sein wird, um bei den Lohnfestsetzungen für die Brauereiarbeiter entsprechende Aufbesserungen vorzunehmen.

### Die russische Brauindustrie

wurde durch den Krieg vollständig stillgelegt und konnte erst 1922 die Produktion wieder aufnehmen. Die in den ersten Jahren einsetzende Entwicklung war gut, sie hätte noch besser sein können, wenn nicht in technischer Hinsicht fast unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden gewesen wären. Während des Stillstehens sind die Maschinen und Geräte veraltet und unbrauchbar geworden. Am allerschlimmsten war der Zustand der Fastage, die überhaupt nicht mehr zu gebrauchen war. Eine weitere Schwierigkeit lag in der Rohstoffbeschaffung begründet. Gerste und Hopfen wird wohl in Rußland ausreichend angebaut, doch die Qualität läßt viel zu wünschen übrig. Nicht zuletzt ist der große Verbrauch stark alkoholhaltiger Getränke ein Hindernis zur weiteren Verbreitung des Bieres. Neben den Strömungen, die ein vollständiges Alkoholverbot wieder einführen wollen, findet man daher noch Bestrebungen, die den Bierkonsum auf Kosten des Schnapskonsums fördern wollen.

Die im Jahre 1926/27 erzeugten 4,2 Millionen Hektoliter Bier wurden in 267 Brauereien hergestellt. In diesen Betrieben waren insgesamt 12 846 Personen beschäftigt. Die Brauereien selbst gliedern sich in 115 Staats-, 16 Genossenschafts- und 136 Privatbetrieben. Auf den ersten Blick könnte man glauben, daß die Privatbetriebe noch eine vorherrschende Stellung einnehmen. Dem ist aber nicht so. Die Produktion prozentual auf die einzelnen Betriebsgruppen verteilt ergibt, daß in den Staatsbrauereien 69,1 Proz., in den Genossenschaftsbrauereien 14,8 und in der in Privathand befindlichen Brauereien 16,1 Proz. der Gesamtproduktion hergestellt werden. Es werden beschäftigt: in den Staatsbrauereien 8376 = 65 Proz., in den Genossenschaften 2117 = 16 Proz. und in Privatbrauereien 2353 = 19 Proz.

Die Löhne der Arbeiter in der Brauindustrie sind recht unterschiedlich. Während noch vor wenigen Jahren so ziemlich ein einheitlicher Lohn bestand, ist heute eine recht erhebliche Staffelung zu verzeichnen. Ein geübter Brauer verdient mehr als 250 Rubel pro Monat, während eine im Flaschenkeller beschäftigte Frau es höchstens auf 40 Rubel bringt.

### Konditorgewerbe

#### Saboteure der Schutzgesetze werden freigesprochen!

Großer Jubel herrscht in der „Konditorei“, dem amtlichen Fachblatt des Deutschen Konditorbundes. In den Nummern 80 und 81 wird frohlockend berichtet, daß in Elberfeld 16 Konditoren, die von der Gewerbeaufsichtsbehörde wegen Sonntagsarbeit zur Anzeige gebracht wurden, vor dem dortigen Amtsgericht verurteilt, jedoch von der Strafkammer

als Berufungsinstanz freigesprochen wurden. Ebenfalls werden Freisprüche gegen den Obermeister Sander, Mülheim (Ruhr) und weitere drei Unternehmer wegen Sonntagsarbeit von der dortigen Berufungsinstanz gemeldet. Gleichzeitig wird über ein freisprechendes Urteil des hanseatischen Oberlandesgerichts und schließlich von einem solchen des Oberlandesgerichts in München berichtet.

Daran knüpft die „Konditorei“ folgende Bemerkungen: „Aus diesen Urteilen geht hervor, daß die Auffassung des Reichsgerichts, die bekanntlich nur in der einzelnen Sache bindend ist, nicht aber grundsätzlich die Gerichte verpflichtet, von den unteren Gerichten in weitem Maße mißbilligt wird. Das kommt daher, daß die unteren Gerichte durchweg dem Wirtschaftsleben näher stehen als das Reichsgericht und deshalb den Erfordernissen des Wirtschaftslebens eher gerecht zu werden vermögen.“ Diese sonderbare Ansicht kann sich die Unternehmerpresse nur deshalb erlauben, weil sie immer noch auf viele reaktionär und arbeiterfeindlich eingestellte Richter rechnen kann. In früheren Jahren würde es unmöglich gewesen sein, daß die unteren Gerichtsinstanzen gegen grundsätzliche Entscheidungen des Reichsgerichts geurteilt hätten. Derartige Richter würden recht bald erledigt gewesen sein. Was nicht das Reichsgericht, das in letzter Instanz in dieser Sache entschieden hat, wenn es bei den unteren Behörden drunter und drüber geht. Was nutzen Gesetze, wenn von sozial rückständigen Richtern selbst das möglichste zur Sabotage dieser gesetzlichen Bestimmungen beigebracht wird. Da kann sich die Arbeiterschaft die größte Mühe geben um die Durchführung solcher gesetzlichen Bestimmungen, wenn sie keinen Schutz bei den Richtern findet.

Wir erheben schärfsten Protest gegen diese trassen Urteile, denen auf der Stirn geschrieben ist, daß sie zum Schutz des Geldsacks gestellt wurden und den wirtschaftlich schwächeren Teil niederrampeln wollen.

Wir fragen daher bei dem Reichsjustizminister an: Gibt es keine Möglichkeit, gegen derartige Richter, die in dieser unerhörten Weise ihr Amt mißbrauchen und den Gesetzgeber lächerlich zu machen versuchen, vorzugehen? Dürfen derartige Richter noch länger im Amt bleiben, die wissenförmig darauf ausgehen, das Ansehen des Staates zu schädigen?

Dennoch, Kollegen, dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Auf einen Freispruch wegen Übertretung der gesetzlichen Sonntagsruhe müssen tausende neue Anzeigen erfolgen, und solange müssen wir die Staatsanwaltschaft mit Anzeigen bombardieren, bis endlich mit dieser unerhörten Rechtsbeugung tabula rasa gemacht wird.

### Die Kaffeehausbesitzer gegen das Sonntagsbäckerverbot!

Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der Kaffeehausbesitzer beschäftigte sich auf Antrag von Berlin mit dem Sonntagsbäckerverbot. Natürlich wurde der Standpunkt vertreten, daß die Herstellung leicht verderblicher Waren innerhalb zweier Stunden an den Sonntagen getätigt werden müsse. Obermeister Termeer, Dortmund, warnte vor allzu großem Optimismus in dieser Frage und erklärte, daß bisher sämtliche Minister sich gegen eine zweistündige Sonntagsarbeit ausgesprochen hätten. Man dürfe sich von einem behördlichen Eingreifen nicht allzu viel versprechen.

Besonders scharf und geschäftig waren die Ausführungen der Präsidenten Burmeister, Hamburg, und Strüber. Sie konnten es sich nicht verkneifen, auf die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Revolution zu schimpfen, trotzdem bereits zehn Jahre ins Land gegangen sind und es während dieser Zeit den Kaffeehausbesitzern sehr gut gegangen ist. Beide verlangten für die Konditorgehilfen die uneingeschränkte Arbeitszeit an Sonn- und Festtagen, und gebrauchten im Verlauf ihrer Ausführungen Kraftausdrücke, die erkennen lassen, daß sie über „große Bildung“ verfügen. Der Verbandspräsident sagte:

„Im Jahre 1918 hätten zwar die Herren der Straßenpolitik mit ihren Forderungen Blau gehabt, die geordnete Verwaltung unseres heutigen Staatswesens müsse aber mit derartigen Verordnungen, die ein Sonntagsgewerbe lahmlegten, aufräumen.“

Dem erweiterten Antrag Burmeister, die uneingeschränkte Sonntagsarbeit für Konditorgehilfen zuzulassen, wurde einmütig zugestimmt.

Die Konditorgehilfen können sich an Vorstehendem ein Beispiel nehmen. In der Niederknüppelung von Angestelltenrechten sind sich die Konditormeister und Kaffeehausbesitzer trotz schärfster Geschäftskonkurrenz einig. Werden die Konditorgehilfen das bald merken und nicht warten, bis es zu spät ist?

### Die Selbständigen in Schlesien

hielten vom 10. bis 12. September in Breslau ihren Verbandstag ab. Wie bei allen solchen Zusammenkünften, war auch diese Tagung mit allen möglichen festlichen Veranstaltungen umrahmt. Sogar der Bundespräsident Funk-Kaiser mit seinem Adjutanten Dr. Otto waren in höchst eigener Person erschienen. Es wurde von einem Verbandsyndikus über die Nöte des Konditorgewerbes in Gesetz und Rechtsprechung der Gegenwart geredet. Wie man daraus entnehmen kann, geht es dem Konditorgewerbe jurchbar schlecht. Besonders dadurch, weil auch für dieses Gewerbe die Arbeitszeit beschränkt ist und nicht mehr jeder Unternehmer nach Willkür und Lust die Gehilfen und Lehrlinge ausbeuten kann. Wir verstehen wohl, daß die sozial rückständigen Elemente alles daransetzen, um die frühere goldene Zeit, wo der Gehilfe nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet werden konnte, wieder zurückzurufen. Die Herrschaften sollen sich doch endlich einmal diesen Gedanken aus dem Kopf setzen, denn wir

versichern ihnen, daß diese Zeiten niemals wiederkommen werden.

Es ist aber auch im höchsten Grunde unmoralisch, wenn immer wieder mit der Unwahrheit erneut aufgewartet wird, daß es dem Konditorgewerbe durch die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit schlecht geht und es dadurch zum Ruin entgegengeführt wird. Solche Unwahrheiten klingen widerwärtig, denn sie tragen den Stempel ausgefeimter Lügen an sich, lediglich zu dem Zweck, um die Öffentlichkeit und die Regierung zu bluffen.

Unsere Kollegenschaft ersieht daraus wiederum, wie unbedingt notwendig der wirtschaftliche Zusammenschluß in einer starken Gewerkschaft ist. Hoffentlich befolgen sie endlich unseren Ratsschlag.

### Mühlenindustrie

#### Arbeit und Arbeitsweise der Mühlenarbeiter!

Ueber die Bewertung der Arbeit und Arbeitsweise der Mühlenarbeiter besteht zwischen den Ansichten der Unternehmer und uns ein nicht unerheblicher Unterschied. Verfolgt man die Unternehmerrichtungen der Mülerei, so wird man finden, daß jedesmal, wenn es sich um Arbeitszeit oder Lohnfreitragen handelt, die Meinung in diesen Organen vertreten wird, daß die Arbeit des Mühlenarbeiters, namentlich desjenigen, der vor dem gangbaren Zeug beschäftigt wird, deshalb von untergeordneter Bedeutung ist, weil infolge der heute automatisch eingerichteten Betriebe die Arbeit hauptsächlich aus Arbeitsbereitschaft besteht. Wir haben das stets bestritten und haben verlangt, daß die Leistung der Zeugarbeiter objektiv gemürdigt wird.

Es ist allgemein bekannt, daß in der Mülerei gegenüber anderen Industrien und Gewerben große Unfallgefahren bestehen. In dem letzten Geschäftsbericht der Mülereiberufsgenossenschaft wird versucht, diese andauernd hohen Unfallgefahren mit der Eigenart der Betriebseinrichtungen und der Arbeitsweise der Mühlenarbeiter zu erklären. Wir finden, daß die Mülereiberufsgenossenschaft versucht, die Arbeit der Mühlenarbeiter objektiver zu werten. Die Mülereiberufsgenossenschaft sagt darüber in ihrem Bericht folgendes:

„Es sei aber bei dieser Gelegenheit einmal darauf hingewiesen, warum bei der Mülereiberufsgenossenschaft die Unfallzahlen stets relativ hoch bleiben und den Durchschnitt überschreiten müssen: Bedingt durch die Automatisierung der Mülereibetriebe bedarf das Mühlengewerbe im Verhältnis zu der Masse und dem großen Wert seiner Produkte zahlenmäßig nur geringer menschlicher Arbeitskräfte, so daß sich ein Unfall prozentual ganz anders und bedeutungsvoller auswirkt als in Gewerbezeigen mit großen Arbeiterzahlen. Dazu kommt, daß der Mülereiarbeiter im Betrieb keinen eigentlichen und eng begrenzten Arbeitsplatz hat, wie das gerade bei den Gewerben mit großen Arbeiterzahlen meistens der Fall ist. Das Arbeitsgebiet des Müllers erstreckt sich über das ganze Mühlengebäude, umfaßt also mehrere Stockwerke. Die Arbeit selbst ist sehr mannigfaltig. Der Müller hat nicht — wie es sonst häufig der Fall ist — eine Maschine zu bedienen, sondern er hat zahlreiche Maschinen zu beobachten und Arbeiten daran vorzunehmen; er hat die Transmission zu bedienen, den Fahrstuhl zu führen, Säcke zu tragen oder sonstige zu befördern, Auf- und Abladearbeiten zu verrichten, Steine zu schärfen usw. In den meisten Betrieben kommt noch die Bedienung des Motors (Wasser-, Wind-, Verbrennungs- oder Elektromotors usw.) hinzu. Daß bei einer derartig verzweigten Arbeit die Unfallmöglichkeiten äußerst zahlreich sind, ist einleuchtend. Verhältnismäßig geringe Zahl der Versicherten und verhältnismäßig hohe Zahl der Unfallgefahren machen prozentual ungünstige Unfallzahlen verständlich.“

Diese Umschreibung des Arbeitsgebietes der Mühlenarbeiter dürfte sich auf die Klein- und Mittelmühlen beziehen. Es wäre hier noch hinzuzufügen, daß die Arbeiter in diesen Betrieben außerdem noch eine Menge anderer Arbeiten zu verrichten haben, die nicht genannt werden. So beschäftigt sich die Arbeit der Arbeiter in den Kleinmühlen nicht ausschließlich auf die Bedienung der Maschinen und des Betriebes — also laufende Arbeiten —, sondern es werden auch noch zahlreiche kleinere Reparaturarbeiten verrichtet. In vielen Betrieben muß auch noch die Kundschaft mit bedient werden, wozu eine nicht unerhebliche Arbeitszeit notwendig ist. In den Großmühlen besteht eine stärkere Teilung der Arbeit, die jedoch nicht so stark ist wie in anderen Industrien. Wenn auch der Zeugarbeiter einen bestimmten Boden beziehungsweise eine bestimmte Anzahl Maschinen zur bedienen hat, so hängt der Gang seiner zu bedienenden Maschinen von dem Gang aller anderen Maschinen des Betriebes ab.

Von einer scharf durchgeführten Arbeitsteilung kann man deshalb in den Großmühlen nicht reden. Entfallen aber für den Arbeiter in den Großmühlen ein Teil derjenigen Verrichtungen, die die Arbeiter in den Mittel- und Kleinmühlen regelmäßig zu verrichten haben, so ist zu beachten, daß in den Großmühlen infolge des hohen Standes der Produktionseinrichtungen und Produktionsweise eine außerordentlich starke Inanspruchnahme der geistigen und körperlichen Kräfte erforderlich ist.



Gesamterzeugung mit 41,2 Proz. beteiligt, während der Anteil Frankreichs 26,1 Proz., Englands 25 Proz. und Hollands 7,6 Proz. beträgt.

Table with 4 columns: Land, Anteil vor dem Krieg, Anteil 1925, Anteil 1926, Anteil 1927. Rows: Deutschland, Frankreich, England, Holland.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß Deutschlands Anteil von Jahr zu Jahr steigt, während in England eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen ist.

Internationales.

Verbot der Nachtarbeit in Ungarn.

Auf Grund des ungarischen Gesetzes von 1923 ist in den Bäckereien von Budapest und anderer großen Städten Nachtarbeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens...

ordnungen nicht einverstanden. Nach Ansicht der Arbeitgeber ist der Arbeitsbeginn am Morgen zu spät.

An den Handelsminister ist infolgedessen in der Abgeordnetenkammer eine Anfrage gerichtet worden, ob nicht die Arbeitszeit für die Bereitung des Teigs...

Bäckerstreik in Jerusalem.

Durch die entsetzlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in den Bäckereien in Jerusalem herrschten, und durch die unmenschliche Behandlung...

unerhört provozierender Weise gegen die Gewerkschaft der Bäckerarbeiten vorgegangen wurde.

Dank der Einigkeit der Streikenden und der Solidarität der Bevölkerung mußte der Unternehmer nachgeben, und es konnte eine Vereinbarung auf Festsetzung von Mindestlöhnen...

Literarisches

Die Bauhütten (Vergangenheit und Zukunft). Der Weg zum gemeinschaftlichen Aufbau der Arbeitsorganisationen im Baugewerbe.

Wahlbekanntmachung

betreffend

- a) Innungs-Krankenkasse der Fleischer-Zwangs-Innung Berlin-Orly und Umgegend. b) Innungs-Krankenkasse der Fleischer-Innung zu Köpenick.

Die Arbeitgeber- und Mitgliedervereine liegen in den Geschäftsräumen der Krankenkassen, Berlin S. 14, Kommandantenstr. 63-64 III.

Es wird hiermit zur Einreichung von Vorschlägen aufgefordert und darauf hingewiesen, daß nur Vorschläge mit wirtschaftlicher Berechtigung...

b. h. für die Krankenkassen a-c u. d. bis zum 3. November 1928, mittags 13 Uhr.

bei dem Unterzeichneten eingereicht sind. Die Vorschlagslisten sind für jede einzelne Krankenkasse...

Die eingereichten Wahlvorschläge werden getrennt für jede Krankenkasse vom Unterzeichneten nach der Reihenfolge ihres Eingangs...

Bureau des Versicherungsamts, Berlin C. 2, Klosterstr. 65-67, Aufgang B. 3. Etage, Zimmer 39.

Die Wahlhandlung bei den Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten...

Die Wahl findet nicht statt, wenn auf gültigen Wahlvorschlägen ein ganzer oder sonst welcher Bewerber genannt sind, als Vertreter zu wählen sind.

Berlin, den 8. Oktober 1928.

Der amtlich bestellte Wahlleiter Kühn.

C. 2, Klosterstr. 65-67, Aufgang B. 3. Etage, Zimmer 39, des Versicherungsamts.

Nachruf: Am 3. Quartal 1928 starben unsere Kollegen: Max Schäfer, Kopfschlichter Schlachthof Ebersfeld.

Nachruf: Am 3. Quartal 1928 starben unsere Kollegen: Reich Wendi, Müller, Ludwig Erhardt, Malzer.

Nachruf: Am 27. September verstarb mit 91 Jahren ein lieber Kollege der Brauer Georg Bede.

Nachruf: Am 27. September verstarb mit 91 Jahren ein lieber Kollege der Brauer Franz Wiefel.

Nachruf: Am 27. September verstarb mit 91 Jahren ein lieber Kollege der Brauer Otto Baars.

Nachruf: Am 27. September verstarb mit 91 Jahren ein lieber Kollege der Brauer Hermann Merrens.

Unsern Kollegen Jos Dorn, einer unserer Lieben Frauen zur Vermählung nachträglich die herzlich Glückwünsche.

Feine Herrenmoden: Albert Funf, Schneidermeister, Becken NO, Schenkerstr. 14.

Brauerorden, Dre. Dra. Lederstr. 13. Brauer oben, Dreidrah Leder mit warmen Futter.

Unsern Kollegen Hubert Krebs, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Otto Thauer, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Georg Haug, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Brauerschuhe: aus feinstem Leder, wasserfest, extra stark, wasserdicht.

Der altbekannte Brauer Holzschuh mit 2 Schnallen in glatter Lederhülle.

Unsern Kollegen Johann Thauer, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Otto Thauer, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Hermann Merrens, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Georg Haug, welcher seinen lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Junger kräftiger Beifahrer: 23 Jahre alt, sucht passende Stellung: Genossenheitsbetrieb in Großstadt.

Ladengesellen: die im Verkehr mit dem Publikum bewandert sind. Reflektionen wollen ihre Bewerbung umgehend an unterzeichnete Konsumgenossenschaft einreichen.

Preuß. südd. Klassenlotterie: Günstige Gewinnchancen, Höchstgewinne im günstigsten Fall.

Advertisement for H. Wittich, featuring an image of a man and text about lottery and insurance.

Insertate haben Erfolg!: Derzeit muß sich bei der Herstellung von Marken der falscher Gewichtsrichtungen gut anpassen können.

## Neuzeitliche Ausstattung mit Lehrmitteln der Berufs- und Fachschulen für Fleischer.

Von Gewerbeoberlehrer G. Dalkow, Berlin.  
(Schluß.)

Die Brust- und Bauchorgane sind zum Herausnehmen und zerlegen. Neben diesen enthält unsere Lehrmittelsammlung noch ein Demonstrationsmodell vom Rind, welches ebenfalls auf der einen Seite die äußeren Formen mit den charakteristischen Merkmalen zeigt. An der anderen Seite sieht man das Skelett und die topographische Lage der Brust- und Bauchorgane. Diese Modelle werden ergänzt durch Sußdorfs tieranatomische Wandtafel, Größe 75 x 110 Zentimeter à 7 Mk., welche Seitenansichten des Rumpfes mit eingezeichneten Eingeweiden zeigen. Wir besitzen davon: männliches und weibliches Rind und Schwein. Diese Anschauungsmittel sind für unsere Ladenfleischerlehrlinge von besonderer Bedeutung, denn die Theorie muß hier vieles leisten, was sonst die Praxis bringt. An inneren Organen enthält unser Anschauungsmaterial das Herz eines Kindes in natürlicher Größe, Kammern und Vorhöfe sind zum Öffnen, ferner einen zerleg- und aufklappbaren Wiederkäuermagen und Teile von Wandungen desselben in Standgläsern. Die Magenwände zeigen die Strukturen der Schleimhäute von Banjan, Reiz-Blätter- und Labmagen. Die Rinderbriesfliege wird in weiteren Zylindern anschaulich. Ferner sind an Modellen vorhanden: ein Rehuter, zerlegbar, und die Nieren eines Kindes mit den zu- und abführenden Blutgefäßen, Modelle zur Veranschaulichung der Handgriffe bei der ersten Hilfe von Unglücksfällen dienen uns E. J. S. und Prof. E. S. Tafeln. Daß uns für den Gesundheits- und bürgerkundlichen Unterricht alle Anschauungsmittel der Berufsschule in unserer Fachabteilung für Fleischer zur Verfügung stehen, ist wohl nicht notwendig, besonders zu erwähnen. Ich gehe auf diese und ähnliche Dinge, die den geschäfts- und bürgerkundlichen Teil des Unterrichts betreffen, mit Rücksicht auf den Raum nicht ein. Die letzten Anschaffungen für unsere Fachabteilung waren Modelle von halben Schlachtieren zur Veranschaulichung der Zerlegung derselben. Die Modelle sind auf Brettern befestigt und die einzelnen Fleischstücke abnehmbar. (Modell vom Schwein, Kalb und Schaf je 52 x 20 Zentimeter à 40 Mk., Modell vom Rind 68 x 26 Zentimeter 45 Mk.) Hier erwähne ich auch Weigeldts Tafeln über den Nährwert pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel und Modelle von Deneri und Wigan, die Zusammenziehung der Nahrungsmittel des Menschen nach ihrem Nährwert zeigend. — Ein einfaches aber nicht zu unterschätzendes Anschauungsmittel sind farbige Kreiden in der Hand eines geübten Lehrers. Ein paar Striche an die Tafel geworfen, erklären oft mehr als viele Worte vermögen; außerdem werden dadurch manche Lehrlinge wieder angeregt, sich in freien Stunden zeichnerisch zu betätigen. Daß dies geschieht, beweisen die Zeichnungen mancher Junggeheilen und Lehrlinge, die ich heute noch gern als Anschauungsmaterial benutze, die auch den Beifall einer Kommission des

Zentralverbandes der Fleischer- und Berufsgenossen — bestehend aus den Herren Hensel, Schulz und Weill — fanden, als sie vor mehr denn Jahresfrist unserer Schule einen Besuch abstatteten. Zur selbstverständlichen Ausstattung einer Berufsschule gehören Wirtschafts- und Verkehrskarten. Dabei erwähne ich gleich eine Sammlung der im Fleischer-gewerbe Verwendung findenden Gewürze, die man mit wenig Kosten selbst herstellen kann, aber auch bereitwillig von Gewürzfirmen zur Verfügung gestellt bekommt. So hat mir auch eine Firma säurefeste Steinzeugpötelgefäße, und eine andere einen großen Anschauungskasten mit den verschiedensten Messern und Stählen für unsere Fachabteilung geliefert. Weiter sind in der Lehrmittelsammlung auch Standgläser mit Stein Salz und seinen verschiedenen

den Prozentgehalt der Salzen aus gleichen Mengen Stein- und Siedesalz herzustellen. Auf die verschiedenen chemischen und physikalischen Apparate, die für einen anschaulichen und erspriesslichen Fachunterricht notwendig sind, gehe ich jetzt nicht ein. Sie erfordern eine Arbeit für sich. Erwähnen will ich aber, daß uns für derartige Versuche mit den anderen Berufen gemeinsam zwei besondere Räume zur Verfügung stehen: ein Demonstrationsraum und ein Raum für Schülerversuche mit 12 Arbeitsplätzen für Lehrlinge und einen für den Lehrer; Einrichtungen, um die uns sicher viele Fachschulen beneiden. Leider haben unsere Fachklassen seit der Nachkriegszeit für eine zweckentsprechende Benutzung des Raumes und auch so eine viel zu hohe Besetzungsziffer, durchschnittlich 35,9, eine Zahl, die nicht vorbildlich bezeichnet werden muß.

Habe ich so über wichtige Anschauungsmittel für den fachkundlichen Unterricht in unsern Berufsklassen berichtet, so verhehle ich mir nicht, daß diese Aus-führung keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen können. Sie zeigen aber, was Berlin seit 1923 — der Zeit der Uebernahme der früheren Innungsfachschule der Berliner Fleischerinnung —, also in noch nicht fünf Jahren für die Fachabteilung für Fleischer geleistet hat; denn wir haben aus der früheren Innungsfachschule weder Lehrmittel, noch Lehrbücher übernehmen können; darum haben mein Kollege Hundt und ich es uns auch angelegen sein lassen, nachdem wir die nötigen Erfahrungen und Unterlagen gesammelt hatten, im Jahre 1927 ein Fachrechenbuch für Fleischer zu schreiben, welches auch an dieser Stelle durch die Schriftleitung anerkennde Empfehlung gefunden hat und vom Magistrat Berlin und vielen anderen Orten amtlich zur Benutzung für den Fachunterricht empfohlen ist.

## Der Streikbrecher eine verächtliche Erscheinung.

„Einem Berufs- oder Klassengenossen die Arbeit wegnehmen“ ist so ziemlich das verächtlichste Vergehen, dessen sich ein Arbeiter schuldig machen kann. Ein Arbeiter, der bei einem Streik die Stelle eines Ausständigen besetzt, ist ein Streikfriede, der durch gedankenlose oder skrupellose Einmischung des Zustandekommen eines gerechten Arbeitsvertrages verhindert. Man wird es daher begreiflich finden, wenn die Arbeiter gegen Streikbrecher eine etwas derbe Sprache führen und wird selbst gelegentliche Handgreiflichkeiten in milderem Lichte beurteilen. In der Regel verzichten die Fabrikanten nach dem Streik selbst gerne auf die Streikbrecher und beschäftigen so deren Minderwertigkeit. Der Streikbrecher wird nicht nur von den Angehörigen des beteiligten Berufes, sondern von der arbeitenden Bevölkerung überhaupt als eine verächtliche Erscheinung betrachtet. Es wird ihm das auch unter Umständen so deutlich im sozialen Verkehr zu merken gegeben, daß dieser gesellschaftliche Boykott dem Streikbrecher das Leben zur Hölle machen kann, zumal es nicht an Schabernack aller Art zu fehlen pflegt. Dieser soziale Boykott des Streikbrechers ist ein Faktum, das in der Tat einer gar nicht zu unterdrückenden Vorklärung gleichkommt. Ed. Bernstein.

Fabrikationsstufen vorhanden. Diese sind aber nebensächlich Bedeutung; denn unsere Aufgabe ist nicht, naturwissenschaftlichen Unterricht im Sinne der allgemeinbildenden Schulen zu geben, sondern zum Beispiel die Böslichkeit des Steinsalzes im Vergleich zum Siedesalz in ihrer Bedeutung für den Fleischer und

## Dauer der Lehrzeit!

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat unterm 19. Juni d. J. nachstehenden Erlaß betreffend § 130a, Abs. 2 GO. an die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern gerichtet:

„Aus Berichten der Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern habe ich in letzter Zeit ersehen, daß Beschlüsse von Handwerkskammern über Festsetzung der Dauer der Lehrzeit vielfach nur gemäß § 130a GO. von den Aufsichtsbehörden genehmigt werden, ohne meine nach § 103g, Abs. 4 GO. gleichfalls erforderliche Genehmigung einzuholen. Ich nehme daher Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ich mich bei der besonderen Bedeutung der Dauer der Lehrzeit für die Erziehung und Ausbildung des Lehrlings der Auffassung, daß die Bestimmung des § 130a, Abs. 2 GO. bezüglich der Genehmigung eine Ausnahme von der Vorschrift des § 103g, Abs. 4 GO. enthalte, nicht anzuschließen vermag. Ich muß vielmehr in Übereinstimmung mit der Ansicht bekannter Kommentatoren der Gewerbeordnung (vgl. von Landmann, II, 7. Auflage, S. 484) daran festhalten, daß Beschlüsse von Handwerkskammern über die Dauer der Lehrzeit als Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens neben der Genehmigung der Aufsichtsbehörde auch der Genehmigung der Landeszentralbehörde bedürfen. Ich erlaube, in Zukunft hiernach zu verfahren.“

## Eine Fahrt Westerland — Cuxhaven — Hamburg.

(Schluß.)

Neben diesen verschiedensten großen und kleinen Werken, die die Fische für die menschliche Nahrung verarbeiten, besteht ein Fischmehlwerk, das die Abfälle zu Fischmehl verarbeitet, um sie Futter- und Düngemittel dienlich zu machen. Große Eiswerke sorgen für den ungeheuren Eisbedarf der Betriebe, Heizungen und der Dampfer. Muß doch der Fisch von dem Augenblick, wo er an Bord geschlachtet ist, bis zum Kleinhändler auf Eis gelagert werden. Ferner sind eine Regfabrik, Werkstätten der verschiedensten Art und Lager für Kohlen und Bedarfsartikel vorhanden.

Es muß gesagt werden, daß die Verarbeitung der Fische im größten Sauberkeit in den Cuxhavener Betrieben vor sich geht. Jeder Besucher dieser Betriebe wird es bedauern, daß die deutsche Bevölkerung so wenig Fische isst. Der Kinderverbrauch an Seefischen ist zugleich ein volkswirtschaftliches Problem. Je Kopf der deutschen Bevölkerung werden nur 8 Kilogramm Fisch verbraucht gegen 20 Kilogramm in England. Gewaltige Nahrungsmittelmengen müssen jährlich eingeführt werden, die sich vermehren ließen, wenn mehr Fisch-nahrung gewährt würde. Kamenilich durch die in

England so beliebten Fischrestaurants könnte der Fischabfall wesentlich gesteigert werden. Anlässe zur Errichtung solcher Fischrastereien sind auch in Deutschland gemacht worden, wo gut zubereitete Fische für billiges Geld abgegeben werden. Eine Portion für 50 Pfennig, wie sie uns in Cuxhaven vorgelegt wurde, ist ein durchaus sättigendes und wohl-schmeckendes Gericht.

Wir wollen unsere Schilderung nicht schließen, ohne der Cuxhavener Arbeiterbewegung zu gedenken. Die Parteizeitung „Alte Liebe“ entwickelt sich in prächtiger Weise. Die sozialen Baubetriebe legen hervorragendes Zeugnis ihres Könnens ab. So bauten sie zum Beispiel das neue Seemannsheim, ein Millionenobjekt, das der Verkehrsband dortselbst errichtete. Das neue Gewerkschaftshaus ladet mit seinen schönen Gaststätten und Hotelbetrieb zum Verweilen ein. Dank den Freunden, die uns dort so nett be-treuten!

Nach einträglichem Aufenthalt verließen wir Cuxhaven. Der Schnelldampfer „Cobra“ des Hapag-See-bäderdienstes nahm uns auf, um uns nach Hamburg zu bringen. Wieder das bunteste Bild eines Bäderdampfers. Frohe Menschen, die aus der Sommerfrische kommend ihren heimatischen Penaten zu-streben. Auch eine Fahrt auf der Unterelbe hat ihre Reize. Das breite Silberband der Elbe wird, wenn man von jewärts kommt, schmaler und schmaler. Die Türme von Stade, Brunshausen, Glücksstadt usw. gleiten vorüber. Schiff um Schiff begegnet uns, um

entweder nach Hamburg zu gehen oder in See zu stechen. Flaggen aller Nationen flattern im Winde. Das herrliche Blankenese liegt im Sonnenglanze da. In der Ferne grüßen die Türme Hamburgs. Der Hamburger Hafen, dieses großartige Schauspiel menschlichen Schaffens, ist in Sicht. Sicher gleiten wir durch dieses Gewimmel von Schiffen, Barkassen und Rähnen hindurch. Bereits nach 3 1/2 stündiger Fahrt legt die „Cobra“ an den St. Pauli-Landungsb-ücken an. Noch einen Blick auf das schöne Schiff und wir sind an Land. Das brausende Leben Ham-burgs nimmt uns auf. Tage der Arbeit erwarten uns. Galt es doch, den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses beizuwohnen, um neue Anregungen für den großen Bestreitungskampf der Arbeiterschaft in uns aufzunehmen. Denn nach einer solchen Fahrt hat man nur ein Interesse; näm-lich allen Me-tischen solche Stunden der Schau und der Erholung möglich zu machen. Der Gewerkschaftskon-gress soll hierzu die Wege ebnen.

„Jeder, der in sich fühlt, daß er etwas wirken kann, muß ein Plagegeist sein . . . Er muß sein, was Homer an seinen Helden preist: Er muß sein wie eine Fliege, die, einmal ver-scheucht, den Menschen immer von einer anderen Seite anfällt.“